

INHALT

1. Eklat im Landeshaus zur Besetzung des Landesrechnungshofes
2. Günther: SPD, Grüne und SSW machen politische Bildung zum politischen Spielball
3. CDU unterstützt EU-Verhandlungen über Transatlantische Handelsabkommen
4. CDU-Fraktion sieht Interessen Schleswig-Holsteins bei PKW-Maut gewahrt
5. Reform des FAG verabschiedet
6. HSH Nordbank will insgesamt 500 Stellen streichen
7. Förde Forum der CDU-Landtagsfraktion
8. Landtag beschließt Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein

13.11.2014

Eklat im Landeshaus zur Besetzung des Landesrechnungshofes FDP kündigt Pairing mit der SPD auf

In der heutigen Landtagssitzung kam es in der letzten Minute zu einem Eklat. Konkret ging es um die Besetzung des Senats des Landesrechnungshofes. Hierzu lagen zwei Wahlvorschläge vor, die der Ministerpräsident bereits für die Oktobersitzung angemeldet hatte. Nachdem die Koalitionsfraktionen den entsprechenden Tagesordnungspunkt damals von der Tagesordnung abgesetzt hatten, lehnte die Koalition aus SPD, Grünen und SSW – mit der Stimme des Ministerpräsident – heute nun einen der beiden Kandidatenvorschläge zur Besetzung des Landesrechnungshofes ab. Als Konsequenz dieses Vorgehens kündigte FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki das seit 22 Jahren geltende Pairing-Abkommen mit der SPD. Das Verhalten der Regierungsfractionen stieß auf Empörung bei den Oppositionsfractionen.

Die Oppositionsfractionen waren sich einig, dass dies ein Tiefpunkt in der Geschichte des Landtages sei. Daniel Günther erklärte dazu: „Ministerpräsident Albig hat keine Selbstachtung. Wie ist es anders zu erklären, dass er auf Befehl von Stegner seinen eigenen Personalvorschlag im Parlament ablehnt. Er degradiert sich selbst zur Marionette Stegners.“

Günther: SPD, Grüne und SSW machen politische Bildung zum politischen Spielball SPD, Grüne und SSW ersetzen Landeszentrale für politische Bildung durch Landesbeauftragten



Oppositionsführer Daniel Günther

Schleswig-Holstein hat ab dem kommenden Jahr anstatt einer Landeszentrale für politische Bildung das Amt eines Landesbeauftragten für politische Bildung. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und SSW beschloss der Landtag in der heutigen Sitzung ein entsprechendes Gesetz. Zukünftig kann damit der oberste Zuständige für die politische Bildung im Land mit einfacher Mehrheit für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden.

Günther machte Ministerpräsidenten Albig in seiner Rede schwere Vorwürfe für dieses Gesetz: „Wenn Ihnen, Herr Albig, eine Personalfrage nicht passt, wird gleich das gesamte Gesetz geändert. Was nicht passt, wird passend gemacht. Ohne Rücksicht auf Verluste. Koste es, was es wolle. Darf jemand in diesem Land keine Leitungsfunktion haben, weil er als FDP-nah verdächtigt wird? Das ist Ihr Lieblingsland, in dem so etwas möglich ist?!“

Günther spielte damit darauf an, dass der Wunschkandidat des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner für das Amt des Leiters der Landeszentrale im Frühjahr überraschend abgesprungen war. Die Stelle wurde daraufhin mit dem nach dem Auswahlverfahren nächsten geeigneten Kandidaten besetzt. Diesem wird eine Nähe zur FDP nachgesagt. Erst danach reichten die Regierungsfaktionen ihren Gesetzentwurf ein.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki kritisierte in der heftig geführten Debatte auch, es gehe den Regierungsfaktionen nicht darum, die Landeszentrale zu stärken, sondern schlicht um parteipolitische Zuordnung. Der Vorsitzende der Piratenfraktion, Torge Schmidt, sprach sogar von einem Gutsherrengesetzentwurf.

Günther erinnerte in diesem Zusammenhang an die „Lex Weichert“, wobei die durch die Gesetzesänderung möglich gewordene Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten letztendlich scheiterte. Auch an die Absetzung der Wahl von Präsidiumsmitgliedern des Rechnungshofes von der Tagesordnung in der vergangenen Landtagssitzung erinnerte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

„Nicht auf das Parteibuch, sondern auf die Qualifikationen muss es ankommen! Es muss doch in Schleswig-Holstein möglich sein, dass die Landeszentrale von einem Menschen geleitet wird, der nicht das Parteibuch der regierungstragenden Fraktionen hat“, forderte Günther.

CDU unterstützt EU-Verhandlungen über Transatlantische Handelsabkommen Schutz der hohen europäischen Standards und kommunalen Daseinsvorsorge muss gewahrt werden



Johannes Callsen, MdL

Forderungen der Piraten, die Verhandlungen über das Transatlantische Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, zu stoppen, hat die CDU heute eine klare Absage erteilt.

„Wenn ich den Antrag der Fraktion der Piraten hier lese, dann muss ich feststellen, dass der Antrag weder zum Freihandel noch zur freien Marktwirtschaft passt. Der Antrag heißt konkret: Schotten dicht. Das kann es aber doch nicht sein“, kritisierte der Vorsitzende des CDU-Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft, Johannes Callsen. Ein solcher Rückfall in den Nationalismus sei fatal.

Callsen wies in seinem Debattenbeitrag auch auf das Transatlantische Freihandelskommen mit den USA hin, über das die Europäische Union gerade verhandelt. Mit dem TTIP könne der derzeit größte Binnenmarkt der Welt geschaffen werden, der sowohl für Europa als auch für die USA enorme wirtschaftliche Chancen bieten würde.

Die CDU zeigte sich erstaunt über den Antrag, den die Regierungsfractionen eingebracht hatten. Während Bundeswirtschaftsminister Gabriel im Bundestag eine Lanze für das TTIP gebrochen habe, äußerten SPD, Grüne und SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Ablehnung gegenüber des Freihandelsabkommens.

Während der Antrag der CDU am Widerstand von SPD, Grünen, SSW und der Piraten scheiterte, konnte die Küstenkoalition ihren selbst eingebrachten Antrag mit ihren eigenen Stimmen durchbringen.

CDU-Fraktion sieht Interessen Schleswig-Holsteins bei PKW-Maut gewahrt Arp fordert von Albig Koalitionstreue ein



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Auf Antrag der FDP-Fraktion stand heute die PKW-Maut von Verkehrsminister Alexander Dobrindt auf der Tagesordnung. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, forderte Ministerpräsident Torsten Albig auf, zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu stehen. Schließlich habe er selbst aktiv daran mitgewirkt: „Die CDU Schleswig-Holstein hat sich mit ihrer Forderung nach Ausnahmen für den kleinen Grenzverkehr durchgesetzt. Der jetzige Vorschlag von Bundesverkehrsminister Dobrindt nimmt damit Rücksicht auf die Interessen Schleswig-Holsteins“, betonte Arp.

Der CDU-Abgeordnete betonte, Schleswig-Holstein werde nur dann von der Maut profitieren, wenn die Landesregierung endlich für die Projekte im Land Baureife schaffe.

Darüber hinaus schließe die Maut eine Gerechtigkeitslücke in der Finanzierung der Straßen. Ziel müsse am Ende jedoch eine einheitliche europäische PKW-Maut sein.

„Dann sind auch solche inakzeptablen Forderungen wie die des Ministerpräsidenten nach einem 100-Euro Schlagloch-Soli oder nach einer Anhebung der Mineralölsteuer Geschichte“, so Arp abschließend.

Reform des FAG verabschiedet

Einstimmenmehrheit von SPD, Grünen und SSW hält in namentlicher Abstimmung

SPD, Grüne und SSW haben heute in namentlicher Abstimmung die scharf kritisierte Reform des Kommunalen Finanzausgleichs beschlossen. SSW-Fraktionschef Lars Harms bezeichnete in der Debatte wörtlich „das Klagelied der Kreise als völlig unangebracht.“

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner wies Kritik, den ländlichen Raum zu schwächen, mit den Worten zurück:«Ich habe noch nie ein kreisfreies Dorf gesehen».

Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, machte in ihrer heutigen Rede nochmals deutlich: „Die Reform des kommunalen Finanzausgleich ist eines der zentralen Gesetzgebungsverfahren dieser Legislaturperiode und ohne Frage nötig, das bestreitet auch die Opposition nicht. Das, was der ehemalige Innenminister hier jedoch vorgelegt hat, ist schlicht unbrauchbar.“

Vor allem die Landkreise werden unter der Reform leiden. Mit Eintritt der Reform müssen sie mit noch weniger Geld auskommen. Besonders hart trifft es den Kreis Rendsburg-Eckernförde. Ihm fehlen im kommenden Jahr fast 10 Millionen Euro. Für den Kreis Segeberg sind es circa 6,6 Millionen Euro weniger und auch der Kreis Plön hat rund 4,6 Millionen Euro Verlust. Der Landkreistag forderte bereits vergeblich eine Verschiebung der Beschlussfassung.

Die CDU-Fraktion hatte sich in den letzten Wochen immer wieder um einen Kompromiss bemüht. Sie hatte im Oktober einen Lösungsvorschlag vorgelegt, der von den Regierungsfractionen allerdings nicht aufgegriffen wurde. Demnach sollten dem derzeit geltenden Kommunalen Finanzausgleich zeitlich befristet bis Ende 2017 jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich zweckgebunden als Konsolidierungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Diese zusätzlichen Mittel würden dem früheren Zuschuss des Landes an die Kommunen für die Kosten der Grundsicherung entsprechen.

Unter folgendem Link finden Sie die Modellrechnung des Innenministeriums zu den Auswirkungen auf die Finanzen jeder einzelnen Kommune:
http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFinanzen/Finanzausgleich/DownloadLinks/aktualisierungAnlage2_blob=publicationFile.pdf



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin

HSH Nordbank will insgesamt 500 Stellen streichen CDU-Fraktion stellt Dringlichkeitsantrag, um Stellenabbau in Kiel zu verhindern

Medienberichten zufolge will die HSH Nordbank, die Landesbank der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, in den kommenden drei Jahren 500 Vollzeitstellen abbauen. Finanzministerin Monika Heinold ließ sich mit der Forderung zitieren, der Stellenabbau dürfe nicht einseitig zu Lasten Kiels gehen, sondern müsse proportional erfolgen.

Dies würde einen Abbau von 250 Stellen in Kiel bedeuten. CDU-Finanzexperte Tobias Koch kritisierte Heinold deshalb scharf. Die CDU-Fraktion stellte heute einen Dringlichkeitsantrag, mit dem die Landesregierung noch in dieser Landtagssitzung aufgefordert werden soll, bestehende HSH-Konzepte für eine Verlagerung des Back-Office-Bereichs nach Kiel in den Verhandlungen durchzusetzen.

„Der von der Finanzministerin geforderte proportionale Stellenabbau wäre dramatisch für Kiel und betriebswirtschaftlicher Unsinn für die Bank. Anstatt die guten Argumente für Kiel ins Feld zu führen, macht Heinold in vorauseilendem Gehorsam den Kotau vor Hamburg. Das darf doch wohl nicht wahr sein“, sagte Koch in Kiel.

In der HSH-Nordbank gebe es hervorragende Konzepte für eine stärkere Verlagerung von Arbeitsplätzen im Back-Office Bereich in leerstehende Räumlichkeiten am Standort Kiel. Die CDU-Fraktion erwarte von der Finanzministerin, dass sie ihre Zustimmung zu einem Stellenabbau von der Realisierung dieser Konzepte abhängig mache.

Link zum Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/HSH.pdf>



Tobias Koch, Finanzexperte der CDU-Fraktion

Förde Forum der CDU-Landtagsfraktion **Mehr als 50 Gäste diskutierten über Pflegekammer**



Experten des Förde Forums mit Daniel Günther und Katja Rathje-Hoffmann

„Allheilmittel Pflegekammer - Nebenwirkungen inklusive!“ Diese Frage diskutierte die CDU-Landtagsfraktion am gestrigen Abend in einer Podiumsdiskussion mit mehr als 50 Gästen.

Unter der Leitung der sozialpolitischen Sprecherin und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Rathje-Hoffmann, tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Pflege, Verbänden und Gewerkschaften in der Hermann-Ehlers-Akademie über die Vor- und Nachteile der Errichtung einer Pflegekammer aus.

„Kann die Pflege auf die Errichtung der Pflegekammer im Jahr 2018 warten?“ wurden die Beteiligten zu Beginn der Podiumsdiskussion gefragt. Mehr als zwei Stunden lang debattierten im Anschluss Podium und Gäste über das Für und Wider einer Pflegekammer.

Die Diskussion um die Errichtung einer Pflegekammer ist dabei nicht neu: Bereits seit einigen Jahren wird über die Errichtung einer Pflegekammer gestritten, die im Dezember 2012 durch die regierungstragenden Fraktionen im Landtag beschlossen wurde.

„Die heutige Diskussion und lebhafte Teilnahme der Gäste zeigt mir, dass sich die Situation um die geplante Pflegekammer und die damit verbundene Zwangsmitgliedschaft für die Pflegenden in Schleswig-Holstein bisher nicht beruhigt habe“, fasst Rathje-Hoffmann am Ende des Abends zusammen. „Der hier mehrfach geäußerte Wunsch nach einer demokratischen Befragung aller Pflegekräfte werde ich mit in meine Fraktion nehmen und beraten“, schließt Rathje-Hoffmann die Diskussion ab.

Landtag beschließt Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein CDU fordert EU-weite Lösung für Plastikproblem

In der heutigen Debatte diskutierten die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Vermeidung von Plastikmüll. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, gab in seiner Rede zu Bedenken, dass Insellösungen, wie auf Schleswig-Holstein und Deutschland bezogen, dem Problem nicht gerecht würden. „Einzig sinnvoller und gangbarer Weg ist eine EU-weite Lösung“, so Rickers.

Rickers forderte die Abgeordneten auf, eine umfassende Diskussion in den beteiligten Ausschüssen zu führen. Weiterhin fordert er einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen bei diesem Thema.

„Ich bedauere ausdrücklich, dass ein gemeinsamer Antrag an den Mehrheitsfraktionen scheiterte. Offensichtlich spielen parteitaktische Überlegungen eine größere Rolle, als Sachpolitik“, kritisiert Rickers.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de